

Avanti

2

Theoriebeilage

Antisemitismus:
Was kommt nach
Halle?

ISO Rhein-Neckar



IGM-Protest in Stuttgart gegen Abbau. 22. November 2019.

Foto: helmut-roos@web.de

Raue Zeiten – schon vor der Krise! Was tun?

H. N.

„Digitalisierung“, „Elektromobilität“, „Klimawandel“ und Co. sind in aller Munde. Die „Transformation“ des Spätkapitalismus haben Kapital und Politik in Deutschland und der EU längst eingeleitet. Sie wollen mit aller Gewalt die globale „Wettbewerbsfähigkeit“ der Konzerne weiter steigern – und die Gewerkschaften entscheidend schwächen.

Deshalb kündigen sie immer neue „Sparprogramme“ an. Daimler etwa will im Rahmen seines „Zukunftsprogramms“ bis Ende 2022 bei „Personalkosten“ rund 1,4 Milliarden Euro „einsparen“.

Fortsetzung auf Seite 3.

INHALT

TITEL

- 01 KLASSENKAMPF**
Abbau „sozial gestalten“? (Teil I)

EDITORIAL/INHALT/SPEKULATION

- 02 IMMOBILIENSPEKULATION**
Tipico, Turley und Co.

BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

- 03 KLASSENKAMPF**
Abbau „sozial gestalten“? (Teil II)

- 04 GEGENWEHR IM BETRIEB**
Wie organisieren?

- 05 METALLSTREIK 1963**
Bewegung von unten?

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,
das Jahresende naht und die Kapitalisten blasen zum Angriff.

Zehntausende müssen allein in der Auto(zulieferer)industrie um ihre Arbeitsplätze bangen. Schließlich soll die Profitmaximierung gesichert werden.

Sind Betriebsräte und Gewerkschaften auf diese und weitere Attacken vorbereitet? Welche Strategien der Gegenwehr können erfolgreich sein? Auf diese Fragen suchen wir in verschiedenen Beiträgen Antworten.

An ein Jahr Gelbwesten-Proteste und dreißig Jahre Mauerfall ist in diesen Wochen zu erinnern. Wir blicken in dieser Ausgabe von *Avanti*² auf beide Jahrestage zurück.

In der Theoriebeilage geht es diesmal um die Wurzeln des immer noch akuten Antisemitismus in Deutschland.

Wir freuen uns, wenn diese und die anderen Themen der Dezember-Ausgabe unserer Zeitung auf Euer Interesse stoßen.

Wir wünschen Euch einen guten Jahresausklang und einen stressfreien Rutsch ins das neue Jahr!

Eure Redaktion

INHALT

INTERNATIONALES

- 06 FRANKREICH**
Ein Jahr Gelbwesten-Proteste

POLITISCHE BILDUNG

- 07 „MAUERFALL“**
Sieg und Niederlage zugleich?

RÜCKBLLENDE/TERMINE

- 08 KLIMABEWEGUNG**
Langer Atem erforderlich
- 08 TERMINE**

THEORIEBEILAGE

- 01 ANTISEMITISMUS**
Was kommt nach Halle?

Immobilienpekulation – aus 6 mach' 36 Das Beispiel Tipico, Turley und Co.

E. B.

Im Frühjahr 2019 hat der Weiterverkauf von Teilen des Mannheimer Turley-Geländes einigen Staub aufgewirbelt. Damals sind die vier Gründer des „Sportwettenanbieters“ Tipico (Kuenzle, Pawlik, Pavlovic und Voigt) in großem Stil als „Investoren“ bei dem Immobilien-Projekt eingestiegen.

Dem bisherigen Eigentümer Bock kauften sie für schlappe 36 Millionen Euro mehrheitlich die Baufelder 4 und 5 ab. Bock hatte vor etwa vier Jahren der MWS Projektentwicklungsgesellschaft (MWSP) sechs Millionen Euro für den Erwerb gezahlt – also ein Sechstel des jetzigen Verkaufspreises.

Die MWSP tritt als Tochterunternehmen der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft GBG und der Stadt Mannheim, laut Eigenwerbung, für „eine nachhaltige Stadtentwicklung“ ein.

Der Westdeutsche Rundfunk (WDR) hat im November über Tipico interessante Fakten veröffentlicht (www1.wdr.de/

mediathek/video/sendungen/sport-inside/video-filialen-von-sportwettenanbieter-tipico-unter-geldwaesche-verdacht-102.html).

Dem WDR-Magazin *Sport Inside* zufolge wirft die Frankfurter Staatsanwaltschaft Tipico „schwere Defizite bei der Auswahl seiner Lizenznehmer vor“. So sollen unter anderem Drogengelder über Tipico-Lizenznehmer gewaschen worden sein. Tipico hat seinen Sitz im „Steuerparadies“ Malta und wickelt laut WDR Zahlungen über den Umweg Deutschland-Malta-Kroatien-Deutschland ab.

Wie wäre es, wenn die MWSP und die Stadt Mannheim, statt die „Nachhaltig-

keit“ von Profiten zu ermöglichen, sich um die Einhaltung des Grundgesetzes (GG) kümmern würden?

In Artikel 14 (2) GG heißt es: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ Und in Artikel 15 ist gar zu lesen: „Grund und Boden [...] können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden.“

Das wäre doch eine Möglichkeit, um der ausufernden Immobilienpekulation Einhalt zu gebieten und das Menschenrecht auf Wohnen für alle durchzusetzen. ■

Raue Zeiten – schon vor der Krise! Was tun?

(Fortsetzung von S. 1)

Wilde Jagd nach höheren Profiten

Aktuell trifft die wilde Jagd nach noch höheren Profiten vor allem die Beschäftigten in der Auto- und der Autozulieferindustrie. In Baden-Württemberg ist dort jeder 13. Arbeitsplatz angesiedelt.

Ungefähr 160 Betriebe dieser Branche sind schon jetzt von Abbau, Verlagerung oder gar Schließung betroffen. Zehntausende Arbeits- und Ausbildungsplätze sind bedroht. Auch die Aushebelung von Tarifverträgen steht auf der Agenda der Kapitalseite.

Die IG Metall (IGM) Baden Württemberg hatte deshalb am 22. November 2019 ihre Mitglieder unter dem wohl witzig gemeinten Motto „Jobabbau? Zukunftsklau? Halbschlau!“ zum Aktionstag nach Stuttgart aufgerufen.

15.000 waren nach Gewerkschaftsangaben gekommen, um ihrem Unmut deutlich Luft zu verschaffen.

Der IGM-Bezirksleiter für Baden-Württemberg, Roman Zitzelsberger, kritisierte bei der Stuttgarter Kundgebung den Kurs mancher Unternehmen auf „Profitmaximierung“. Er betonte den Standpunkt der IGM: „Wir fordern sichere Beschäftigung im Wandel und wollen unsere Zukunft mitbestimmen.“ Und Zitzelsberger weiter: „Alle Arbeitgeber müssen wissen: Zukunftsgestaltung geht nur gemeinsam.“

Da bleibt nur die Frage offen, wie und auf wessen Kosten „gemeinsam“ der Interessengegensatz von Kapital und Arbeit gelöst werden soll.

Stefan Wolf, Chef des Kapitalistenverbands Südwestmetall, reagierte jedenfalls in einem SWR-Interview auf den gewerkschaftlichen Aktionstag kaltschnäuzig. Die IG Metall gefährde mit ihrem Protest die „Sozialpartnerschaft“.

Machtprobe zwischen Kapital und Arbeit

Schon Monate vor der im nächsten Jahr anstehenden Tarifrunde ist die Stimmung also zunehmend gereizt. Dabei geht es um wesentlich mehr als um Geld.

Es geht zum einen darum, ob und wie alle Arbeits- und Ausbildungsplätze zu verteidigen sind. Und zum anderen, was Tarifabkommen und Betriebsvereinbarungen noch wert sind.

Mit anderen Worten: Es dreht sich um eine wirkliche Machtprobe zwischen Kapital und Arbeit im Vorfeld einer kommenden Wirtschaftskrise.

Sie wird nicht mit der Methode Audi zu bestehen sein. Bei der durch den Abgasskandal beschädigten VW-Tochter sollen 9.500 Stellen – natürlich „sozialverträglich“ – abgebaut werden. Gleichzeitig sollen 2.000 neue *Jobs* für Elektromobilität und Digitalisierung neu geschaffen werden.

Aber es gibt da mehrere Haken:

Erstens zahlen die Beschäftigten die Zeche für die Profitgier der Haupteigentümer des VW-Konzerns – die Familien Piëch und Porsche.

Zweitens findet der Abbau statt trotz geltender „Beschäftigungssicherung“ mit Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen bis 2025.

Drittens verliert die IGM damit viele ihrer treuesten betrieblichen Mitglieder in den wenig qualifizierten Tätigkeitsbereichen.

Viertens spricht fast niemand von den Beschäftigten zweiter und dritter Klasse, den Leiharbeitern und Werkverträgern, die ohne viel Federlesen ihre *Jobs* verlieren werden oder bereits verloren haben.

Und Fünftens wird die bisher eingeübte Methode einer mehr oder weniger reibungslos funktionierenden betrieblichen und gewerkschaftlichen Stellvertreterpolitik noch mehr die Zukunft der IG Metall als durchsetzungsfähiger Gewerkschaft bedrohen.

Wende zu aktiver Politik der Gegenmacht

Es ist allerhöchste Zeit für die IG Metall, nicht nur in Mannheim, sondern auch anderswo, entschlossen und gut organisiert die Wende hin zu einer aktivierenden und kämpferischen Politik der Gegenmacht in Betrieb und Gewerkschaft anzugehen.

Gleichzeitig muss es dabei um eine Schärfung des politischen Profils gehen. Die konsequente Verteidigung unserer Grundrechte, das aus Artikel 14 Grundgesetz abgeleitete Verbot von Entlassungen, der Kampf für die 30-Stundenwoche bei vollem Lohn- und Personalausgleich und die Konversion der Autoindustrie unter Kontrolle der Beschäftigten sind hier an erster Stelle zu nennen.

Bewusste Entscheidungen in diese Richtung sind jetzt erforderlich. Sicher ist das kein einfacher und schneller Prozess, aber es wäre fahrlässig, ihn noch weiter hinauszuzögern. ■

Demo gegen Abbau bei Alstom in Mannheim, 30. Mai 2011.



Foto: hehmut-roos@web.de

Gegenmacht im Betrieb

Wie organisieren?

S. K.

Ein Gespenst geht in zunehmend mehr Unternehmen und Einrichtungen um – die „Diktatur der Zahlen“. Betriebs- und Personalräte, Mitarbeitervertretungen, Gewerkschaften, Gesetze und Tarifverträge werden immer häufiger als Hindernisse für die Profitmaximierung durch permanente „Kostensenkung“ angesehen. Hindernisse müssen aus einem solchen Blickwinkel mindestens umgangen, besser aber noch beseitigt werden. Frei nach dem Motto – legal, illegal, ...egal.

Wer bereit ist, sich in einer Interessenvertretung zu engagieren, ist in der Regel auch motiviert, sich für Verbesserungen des Arbeitsalltags einzusetzen.

Dieses Engagement verpflichtet, auf die Einhaltung bestehender Gesetze, Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen zu achten.

Unter den gegebenen Bedingungen sind dann Konflikte vor allem mit der Gegenseite, also dem Unternehmen und seinem Führungspersonal, vorprogrammiert.

Und: Selbst aktive Interessenvertretungen können in solchen Auseinandersetzungen nicht auf eine automatische Unterstützung durch „ihre“ Belegschaften blind vertrauen.

Antworten auf zentrale Fragen finden

Um dem für aktive Kolleginnen und Kollegen spürbaren Druck auf Dauer Stand halten zu können und sich einen langen Atem bewahren zu können, sollten folgende – aus langer Erfahrung resultierenden – Fragen beachtet werden:

1. Hat die Interessenvertretung ein gemeinsames Verständnis von ihrer Arbeit als Organ der Betriebsverfassung?
2. Wird die Balance Arbeit und Leben von jedem und jeder Einzelnen ständig im Auge behalten?
3. Ist die Funktionsweise des Gremiums demokratisch, kooperativ und nicht nur für alle seine Mitglieder sondern auch für die Belegschaft transparent?
4. Wird die Bedeutung des Aufbaus und der Entwicklung eines *harten, widerstandsfähigen Kerns* im Betriebsrat (Personalrat, in der Mitarbeitervertretung) kontinuierlich verfolgt?
5. Findet eine geplante politische, rechtliche und fachspezifische Bildung des Gremiums statt (Verstehen von Strategie und Taktik, Zeitmanagement, Rhetorik, Kommunikation, Verhandlungstechniken, EDV-Kenntnisse ...) und wird systematisch Wissen über das Unternehmen, die Branche und das Wirtschaftssystem erworben?
6. Gibt es eine strukturierte, prozessorientierte Organisation der BR-Arbeit mit überprüfbaren Schwerpunktsetzungen?
7. Gelingt es, aus dem Hamsterrad des ständigen Reagierens auf die offenen und verdeckten Aktionen der Gegenseite auszusteigen und durch die Umsetzung einer eigenen Zeitplanung und inhaltlichen Agenda selbst zum Treiber zu werden?
8. Gibt es ein praktisch wirksames Projekt des *Organizing*, um den Organisationsgrad und die Verankerung in der Belegschaft ausbauen zu können (mit „Betriebsplan“, der gezielt

ten Suche nach Unterstützung, dem Aufbau beziehungsweise Ausbau eines Vertrauenskörpers und der gewerkschaftlichen Nachwuchsförderung ...)?

9. Wird die Aktions- und Mobilisierungsfähigkeit zu betrieblichen und gewerkschaftlichen Themen im Unternehmen bewusst entwickelt?

10. Gelingt es, wirksame überbetriebliche Strukturen, Netzwerke und Verbindungen aufzubauen und zu stärken – natürlich auf gewerkschaftlicher Ebene aber auch darüber hinaus?

Antworten auf diese oder andere Fragen sind nicht schnell und mühelos zu finden. Aber sie sind möglich und nötig.

Gegenmacht organisieren

Es geht also nicht um die Verbesserung einer aufopfernden und gut gemeinten Stellvertreterpolitik. Sondern es geht darum, gemeinsam mit möglichst vielen anderen die Ängste, die Letargie und die Spaltungslinien in einer Belegschaft zu erkennen, zu überwinden und Alternativen zur „Diktatur der Zahlen“ zu entwickeln.

Oder mit anderen Worten: Es geht darum, Freude am gemeinsamen Engagement zu wecken und aus den gemachten Erfahrungen Kraft und Mut zu schöpfen.

Die Stärke einer Interessenvertretung hängt letztendlich vom Ausmaß der kollektiven Unterstützung durch die Belegschaft ab. Größere und wirksame Erfolge sind nur durch die reale Bereitschaft zur gemeinsamen Gegenwehr der Beschäftigten zu erzielen.

Um diese entwickeln zu können, braucht es Einsatz und eine inhaltliche und organisatorische Strategie.

Sie muss konkret von dem ausgehen, was im Unternehmen mit der vorhandenen Belegschaft und den bisher gemachten Erfahrungen möglich und persönlich leistbar ist.

Vor allem aber braucht es Geduld!

Nur mit Geduld lässt sich das Fundament für eine betriebliche Gegenmacht aufbauen und stärken. Nur so lässt sich Anerkennung für die Arbeit der Interessenvertretung in der Belegschaft erreichen. Nur so lässt sich vermeiden, dass die gesteckten Ziele zu groß sind und die eigene Kraft zu schnell verbraucht wird.

Der größte Fehler wäre es jedoch, mit dieser Arbeit zu warten. Denn der Druck durch den Klassenkampf von oben wächst massiv. Um ihm besser standhalten zu können, müssen wir uns besser bilden und Gegenmacht organisieren – im Unternehmen, in der Gewerkschaft und in der Gesellschaft. ■

„Dieser Betrieb wird bestreikt“ Eine wichtige Neuerscheinung zum legendären Metallstreik von 1963

W. A.

Bisher war einer der härtesten Arbeitskämpfe der westdeutschen Nachkriegsgeschichte selbst in der IG Metall weitgehend vergessen. Das könnte sich jetzt ändern.

Werfen wir aber zunächst einen kurzen Blick zurück. Die IG Metall forderte 1963 8 % Prozent mehr Lohn. Die Kapitalseite lehnte dies aber vehement ab.

Am 18. April 1963 fand deshalb die Urabstimmung über einen Streik in den Tarifgebieten Nordbaden/Nordwürttemberg und Südwürttemberg/Hohenzollern statt. 87,2 Prozent der 210.000 Gewerkschaftsmitglieder stimmten für den Ausstand. 120.000 Metallarbeiter und Metallarbeiterinnen legten danach im Streikgebiet die Arbeit nieder.

Darauf reagierte der von großen Konzernen wie Daimler dominierte Verband der Metallindustrie Baden-Württemberg am 1. Mai 1963 „um Null Uhr“ mit der Massenaussperrung von weiteren rund 250.000 Beschäftigten.

Zwei Wochen lang standen in der tarifgebundenen Metall- und Elektroindustrie des Südwestens fast alle Räder still.

Die Einigung kam durch Vermittlung des Bundeswirtschaftsministers Erhard (CDU) zustande: 5 % mehr Lohn ab 01.04.1963, weitere 2 % ab 01.04.1964.

In der Urabstimmung am 09. und 10. Mai 1963 erklärten sich rund 73 % für die Annahme dieses Kompromisses. Damit war eine in vielerlei Hinsicht bedeutende Auseinandersetzung beendet.

Beeindruckendes Bilder- und Lesebuch

Ein sehr beeindruckendes „Bilder- und Lesebuch zu Streik und Aussperrung 1963 in Mannheim“ ist nun im November 2019 erschienen. Endlich möchte man hinzufügen, denn es hätte schon vor Jahren veröffentlicht werden sollen.

Eine um den Historiker Horst Steffens versammelte Gruppe von fünf Autoren (Udo Achten, Torsten Bewernitz, Rainer Fattmann, Hans-Joachim Hirsch, Walter Spannagel) und einer Autorin (Rabea Limbach) hat eine bemerkenswerte Arbeit vollbracht.

Auf 280 Seiten und in neunzehn Kapiteln nähern sie sich dem spannenden Thema auf vielfältige Weise an.

Vier Abschnitte mit etwa siebzig zeitgenössischen Schwarz-Weiß-Aufnahmen des Düsseldorfer Fotografen Anton (Toni) Tripp geben dem Band eine ganz besondere Dimension.

Die Bedeutung dieser Fotos als „Ausdruck der Geschichte(n) eines Arbeitskamps“ werden ebenso reflektiert, wie die unterschiedlichsten Aspekte vor und während dieses historisch bedeutsamen Arbeitskamps.

Die Entwicklung der IG Metall zur „Lokomotive der Tarifaueinandersetzungen im Wirtschaftswunder“, die „Rekonstruktion der [Mannheimer] Arbeiterbewegung nach 1945“, die „Bedeutung der Mannheimer Metallindustrie“ und die Einschätzung der Machtverhältnisse vor dem realen Kräftemessen erleichtern das Ver-

ständnis der dann im Frühjahr 1963 stattfindenden Ereignisse.

Diese nur vordergründig reine Lohnrunde für mehr Entgelt („Wir fordern 8 %“) hatte in Wirklichkeit eine enorme (klassen-) politische Bedeutung. Dies beleuchten etwa die Texte zum Charakter des Streiks, zur Rolle der Aussperrung durch die Kapitalisten oder zum geforderten Lohnstopp.

Weitere Schlaglichter auf die gegensätzlichen Interessen werfen die Ausführungen über die Rolle der Kontrahenten Hanns Martin Schleyer (Vorsitzender des Verbandes der Metallindustrie Baden-Württemberg und ehemaliger SS-Unterscharführer) und Willi Bleicher (Bezirksleiter der IG Metall und ehemaliger kommunistischer KZ-Häftling).

Die Ungeduld der Mannheimer Arbeiter

Die „Ungeduld der gewerkschaftlichen Basis in Mannheim“, die „überraschend“ (?) aktive Rolle von Frauen und „Gastarbeitern“ im Arbeitskampf und die „Bildungswut“ der besonders engagierten Teile der Gewerkschaften („Metaller lernen ‚französisch‘“) werden in dem Band ebenso untersucht wie die „historische und aktuelle Bedeutung des Metallstreiks 1963“.

Gespräche mit vier Zeitzeugen (den IG Metallern Erwin Bürckmann, Richard Mohr, Erwin Schaal und Walter Spagerer) sowie ein Gedenken an den damaligen DGB-Kreisvorsitzenden Max Jaeger lassen uns die Vorgänge um den Metallstreik noch konkreter und besser verstehen.

Eine faszinierende Beilage zu all den interessanten Texten und Bildern, die in dem Band enthalten sind, stellt die digitalisierte Kopie eines Amateurfarbfilms über den 1. Mai 1963 in Mannheim dar. Wir können dadurch noch unmittelbarer an der kämpferischen Atmosphäre dieser bewegten Wochen teilhaben.

Das gesamte Buch ist also sehr aner kennenswert, es bedarf dennoch an der einen oder anderen Stelle eines genaueren Blicks – zum Beispiel auf die Rolle der „linksozialistischen Betriebsgruppen“.

Gerade vor dem Hintergrund des aktuell schärfer werdenden Klassenkampfes von oben ist sehr zu wünschen, dass sich möglichst viele Aktive mit den Lehren des Metallstreiks von 1963 befassen. ■

TECHNOSEUM – Landesmuseum für Technik und Arbeit (Hrsg.), „Dieser Betrieb wird bestreikt“, Bilder- und Lesebuch zu Streik und Aussperrung 1963 in Mannheim, 280 Seiten mit 84 Abb., Reihe Technik + Arbeit, Bd. 15. ISBN 978-3-95505-100-6, EUR 19,90. Gleichzeitig ist eine Sonderedition für die IG Metall Mannheim erschienen.

„Gelbwesten“-Bewegung in Frankreich

Nach einem Jahr immer noch aktiv

B. S.

Am dritten Novemberwochenende 2019 begingen die französischen „Gelbwesten“ ihren „Akt 53“. Vor einem Jahr, am 17. November 2018, hatte die Bewegung mit ersten Verkehrsblockaden und Protestversammlungen auf ihre Anliegen aufmerksam gemacht. Anlass war die angekündigte Erhöhung der Kraftstoffpreise, Ursache war jedoch die tiefsitzende Empörung über die enorme soziale Ungerechtigkeit in Frankreich.

Laut Angaben des französischen Innenministeriums gingen am Samstag, den 16. November 2019, frankreichweit insgesamt 28.000 Menschen auf die Straße und eine geringere Zahl am Sonntag, den 17. November. Ihrerseits sprachen die OrganisatorInnen des jüngsten „Gelbwesten“-Protests von knapp 40.000 Teilnehmenden.

Massive Repression

Dass die Bewegung trotz massiver Repression durch die Polizei, trotz politischer, medialer und juristischer Bekämpfung durch die Herrschenden nun schon über ein Jahr durchgehalten hat, ist allein schon ein Erfolg. 1.000 Verletzte, darunter 25 Menschen, die durch Gummigeschosse ein Auge verloren haben, 3.000 Verurteilungen zu insgesamt 1.000 Haftstrafen und eine Tote infolge eines Tränengaseinsatzes, – dies alles zeigt die Heftigkeit der Auseinandersetzungen und gleichzeitig die Widerstandskraft der Aktiven.

Die „Gelbwesten“ sind, was die aktive Beteiligung betrifft, derzeit weit entfernt von einer Massenbewegung. Allerdings konnten sie zeitweise auf die passive Unterstützung der Mehrheit der Bevölkerung bauen. Stets bildeten sie jedoch eine Art aktivistischer und zum Teil militanter „Avantgarde“, allerdings ohne jegliche vereinheitlichte Ideologie.

In den Anfängen fanden sich bei den Protesten nicht nur radikale Linke, sondern auch wütende und reaktionäre Menschen aus dem Kleinbürgertum, Menschen mit kurdischen Wurzeln, Militante aus dem faschistischen Spektrum, soziale Fragen aufwerfende Krankenschwestern und viele andere.

Rückzug der organisierten Rechten

Die „Gelbweste“ wurde alsbald zum Protestsymbol, das sich für unterschiedliche Anliegen nutzen ließ. Die organisierten rechten Kräfte haben sich mittlerweile jedoch überregional eindeutig zurückgezogen.

Aus ihrer Sicht wurde es zu unübersichtlich, zu unordentlich, zu gewalttätig, zu viel mit Linken durchmischt ... Überdies haben es die organisierten Rechten nicht geschafft, die „Gelbwesten“ als solche zu einer Anti-Einwanderungs-Bewegung umzuformen, wie sie es vor allem in Zusammenhang mit den Debatten um den „Pakt für MigrantInnenrechte“ angestrebt hatten.

Die „Gewaltfrage“

Das politische Hauptproblem lag und liegt darin, dass in der öffentlichen Wahrnehmung, vermittelt über die bürgerlichen Me-

dien, weitgehend die „Gewaltfrage“ dominiert(e). Die ganze Angelegenheit wird dadurch vornehmlich zum polizeilichen und „sicherheitspolitischen“ Problem, sowohl in den Augen der politischen Klasse als auch derjenigen, die die Medien unkritisch nutzen.

Selbstverständlich, und zu Recht, hat es auch heftige öffentliche Kritik an den Polizeieinsätzen gegeben. Und es gibt, einmal mehr, die obligatorische Diskussion darüber, wie viele Randalierer überwiegend eingeschleuste polizeiliche Provokateure gewesen seien.

Wie weiter?

Die Zukunft der „Gelbwesten“ wird entscheidend davon abhängen, was aus der Unterstützung der voraussichtlich bedeutenden Gewerkschafts- und Sozialprotestdemonstrationen ab dem 05. Dezember 2019 wird. Sie war auf einer Delegiertenversammlung der „Gelbwesten“ Anfang November 2019 in Montpellier beschlossen worden. Sie wird jedoch auch durch manche Kräfte der uneinheitlichen Bewegung explizit abgelehnt.

Bei den Protesten Anfang Dezember geht es vor allem um die „Rentenreform“, also den fortgesetzten Abbau des staatlichen Rentensystems. Seit 1993 haben alle „Reformen“ die Lebensarbeitszeit verlängert. Nur 1995 konnte durch massive Streiks im öffentlichen Dienst der „Plan Juppé“ verhindert werden.

Die Verbindung der „Gelbwesten“-Bewegung mit der sozialen Bewegung könnte beiden Bewegungen neuen Aufschwung geben. ■



„Akt 53“ in Paris, 16. November 2019.

30 Jahre „Mauerfall“ und die Folgen

U. D.

Das Thema unseres ISO-Diskussionsabends am 27.09.2019 lautete: „1989 – Aufstand ohne Ziel? Das Ende der DDR“. Unser Referent schlug einen historischen Bogen und ordnete den „Mauerfall“ in die Geschichte der arbeitenden Klasse in Deutschland ein.

Unvollendete Siege und verheerende Niederlagen

Die Teilung Deutschlands hatte mehrere geschichtliche Voraussetzungen. Zuerst der mörderische Verrat der Sozialdemokratie an der deutschen Novemberrevolution vom 09. November 1918. Sodann die brutale politische Konterrevolution Stalins. Sie ertränkte die russische Oktoberrevolution in Blut, wandelte Sowjetrußland in eine bürokratische Diktatur und die ursprünglich revolutionäre Kommunistische Internationale in ein außenpolitisches Werkzeug des Stalinismus um.

Aufgrund ihrer unsäglichen Unterschätzung der faschistischen Gefahr verhinderten die Führungen von KPD, SPD und Gewerkschaften die Bildung einer Einheitsfront. Die „Machtergreifung“ der NSDAP im Januar 1933 ist vor allem deshalb möglich geworden.

Damit war der Weg frei für den Nazi-Terror, die Ermordung der politischen Führung der arbeitenden Klasse, der millionenfachen Vernichtung insbesondere der Menschen jüdischen Glaubens und den Gräueln des II. Weltkrieges.

Am 08. Mai 1945 kapitulierte Nazi-Deutschland. Die Befreiung war kein Erfolg des Widerstands, sondern eine militärische Niederlage. Daher entschieden die Siegermächte (USA, UDSSR, Großbritannien und Frankreich) über die weitere Zukunft und teilten Deutschland in vier Besatzungszonen auf.

Schließlich wurde auf dem Gebiet der West-Zonen am 8. Mai 1949 mit der Verabschiedung des Grundgesetzes die Bundesrepublik Deutschland gegründet. Am 7. Oktober 1949 folgte auf dem Gebiet der Sowjetischen Besatzungszone die Gründung der DDR. Damit war die Teilung Deutschlands vollzogen.

Die DDR war nicht sozialistisch

Die DDR wurde nach dem „Vorbild“ der stalinistischen Diktatur in der Sowjetunion aufgebaut:

- Die politische „Führung“ hatte der SED-

Apparat.

- Es gab keine direkte (Räte-)Demokratie,
- Großbetriebe und Großgrundbesitz wurden verstaatlicht. Aber es gab keine demokratische Planwirtschaft, sondern eine bürokratisch-zentralistische Kommandowirtschaft.
- Repressionsinstrumente wie Militär, Stasi und Kampfgruppen wurden auf- und ausgebaut.
- Die DDR war eine autoritäre „Gesinnungsdiktatur“. Wer sich besonders partei- und linientreu verhielt, konnte in Partei und Gesellschaft aufsteigen und sich Privilegien sowie einen besseren Lebensstandard „erdienen“.

Der Untergang der DDR

Nach der Niederschlagung des Arbeiteraufstands vom 17. Juni 1953 „verließen“ bis Ende 1960 mehr als 2 Millionen Menschen die DDR. Die SED-Führung unter Ulbricht reagierte auf diesen Exodus mit bürokratischen Methoden und ließ am 13. August 1961 die Mauer errichten.

Im Verlauf der 1980er Jahre begann es in der DDR politisch zu gären. Gründe waren die sich verschlechternde wirtschaftliche Lage und ausbleibende politische Reformen. Dieser Gärungsprozess wurde im Lauf des Jahres 1989 so stark, dass er große Teile der Gesellschaft erfasste und die Massendemonstrationen im Herbst 1989 zum Kollaps der bürokratischen SED-Herrschaft führten.

Am 09. November 1989 vollendete der „Mauerfall“ den Untergang der DDR. Dies war zwar der Erfolg einer großen Massenbewegung, aber kein Sieg einer antibürokratischen Revolution für die Umwandlung der DDR in eine sozialistische Demokratie.

Die Folgen der „Wiedervereinigung“

30 Jahre nach dem „Mauerfall“ sind die Folgen der „Wiedervereinigung“ unter kapitalistischen Vorzeichen überdeutlich:

- Eine erfolgreiche Offensive der neoliberalen Ideologie und des deutschen Kapitals nach innen und nach außen.

- Die fortgesetzte Aushöhlung der sozialen Sicherungssysteme.
- Weitere Verschlechterungen der Arbeitsgesetze.
- Die politische und organisatorische Schwächung der arbeitenden Klasse und der Gewerkschaften.
- Massive soziale Verwerfungen und das Entstehen eines gesellschaftlichen Nährbodens für den Aufschwung reaktionärer und faschistischer Kräfte nicht nur in Ost-Deutschland.

Der lange Schatten der durch den Stalinismus verursachten Verwüstungen und Verbrechen ist immer noch eine schwere politische Hypothek für die Entwicklung eines linken, antikapitalistischen Widerstands.

Auch deshalb ist es so wichtig, die Geschichte zu verstehen. Nur mit einem klaren Verständnis der Vergangenheit und der Gegenwart kann die Vorstellung einer solidarischen Gesellschaft jenseits des Kapitalismus wieder Glaubwürdigkeit und Popularität erlangen – eines Sozialismus, der auf direkter Demokratie und einer demokratisch geplanten bedürfnisorientierten und ökologischen Wirtschaft beruht. ■



Marx-Denkmal in Chemnitz, 26. Februar 2017.

Erneut weltweiter Aktionstag für Klimagerechtigkeit Demos in Mannheim und der Region

O. T.

Am 29. November 2019 setzten sich abermals Millionen weltweit für wirksamen Klimaschutz ein. Laut *Fridays for Future* (FFF) fanden in über 2.400 Städten und 157 Ländern Demos statt. Allein in Deutschland protestierten den Angaben zufolge etwa 630.000 in rund 500 Städten.

Hierzulande fordert FFF unter anderem, unverzüglich alle Subventionen für fossile Energieträger wie Kohle, Öl und Gas zu streichen sowie ein Viertel der Kohlekraftwerke abzuschalten. Zudem müsse Deutschland bis 2035 auf eine komplett erneuerbare Energieversorgung umschwenken.

In praktisch allen Städten der Region fanden Demos für Klimagerechtigkeit statt. In Mannheim beteiligten sich den Angaben zufolge insgesamt rund 2.500 Menschen fast aller Altersklassen an dem Protestmarsch.

Bei den beiden Kundgebungen vor und nach der Demo spielte neben der völlig unzureichenden deutschen Klimapolitik auch die internationale Lage eine Rolle.

Die Beiträge zur Lage in Chile und Nordsyrien (Kurdistan) machten deutlich, dass sich der dortige Widerstand nicht zuletzt gegen die Ausbeutung von Mensch und Natur richtet.

Wie bisher mobilisierte die ISO/IV. Internationale Rhein-Neckar auch dieses Mal aktiv für die FFF-Demo. Mit unserem breit verteilten Flugblatt (zu finden unter: iso-4-rhein-neckar.de/kl) haben

wir zudem für antikapitalistische Perspektiven und eine Generalstreikbewegung im Kampf gegen die Klimakatastrophe geworben. ■



Klimaprotest in Mannheim, 29. November 2019.

Foto: Barbara Straube.

ISO/IV. Internationale Wer wir sind und was wir wollen

Die *Internationale Sozialistische Organisation* (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- MO, 02.12.2019, 18:00 Uhr, „Gegen die Zerstörung von Herz und Hirn“, Gewerkschaft ver.di, Kaiser-Wilhelm-Straße 7, LU
- DI, 03.12.2019, 19:00 Uhr, Veranstaltung zum IGM-Streik von 1963, MARCHIVUM, Archivplatz 1, MA
- MI, 04.12.2019, 19:00 Uhr, „Solidarische Stadt für alle“, Gewerkschaftshaus MA
- DO, 12.12.2019, 10:00 Uhr, Verhandlung wg. Polizeieinsatz bei DGB-Kundgebung am 1. Mai, Amtsgericht MA, Bismarkstr. 14
- DO, 12.12.2019, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Solikomitee, Gewerkschaftshaus MA
- SA, 21.12.2019, 17:00 Uhr, ISO-Jahresendfeier, MA

Impressum:

ISO Rhein-Neckar
Postfach 10 26 10, D-68026 Mannheim

Tel./Fax: +49 (0) 621/429 481 54
Email: info@iso-4-rhein-neckar.de
Web: www.iso-4-rhein-neckar.de

